

CDU Rheinland diskutiert und geht an die Arbeit

„Christlicher Glaube und politische Verantwortung“ — unter dieser Überschrift hat der Vorstand der CDU Rheinland in seiner letzten Sitzung eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die unter Vorsitz von Peter Hintze Fragen von politischer Bedeutung beraten soll, die im Zusammenhang ethisch-moralischer Dimensionen zu sehen sind. „Politik aus christlicher Verantwortung entspricht dem Selbstverständnis der CDU. Sich darauf wieder stärker zu besinnen, ist nicht zuletzt deshalb notwendig, weil die Bürger heute die moralische Dimension der Politik erkennen wollen“, stellte dazu der rheinische Landesvorsitzende Dieter Pützhofer fest. Er unterbreitete dem Landesvorstand in dessen letzter Sitzung einen Vorschlagskatalog zur sachpolitischen Arbeit, der mit geringfügigen Änderungen einstimmig akzeptiert wurde.

Pützhofer erinnert daran, daß er bei seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der CDU versprochen hatte, die Partei wieder zu einer diskutierenden Gemeinschaft zu machen. Deshalb wird sich mit einigen der vorgeschlagenen und verabschiedeten Themen nicht nur der Vorstand beschäftigen. Auch die Vereinigungen und vor allem die Kreisverbände werden in eine breite Diskussion einbezogen. Wahlkämpfe, Fusions- und Personaldebatten allein könnten nicht die Substanz einer Partearbeit sein, stellte Pützhofer fest. Er hofft, daß das Programm bis zum

Jahresende 1986 — bis zum Vollzug des Zusammenschlusses der CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen also — abgewickelt werden kann.

Die Gründung der Arbeitsgruppe „Christlicher Glaube und politische Verantwortung“ 40 Jahre nach Gründung der CDU bietet Anlaß, daran zu erinnern, daß nach den Erfahrungen des Dritten Reiches die CDU bewußt als eine weltanschaulich orientierte Partei gegründet wurde, da rein materialistisch oder liberalistisch orientierte Verbände dem Nationalsozialismus nicht standgehalten hätten. Pützhofer nannte Themen unserer Zeit, die dringend der Klärung vor diesem christlichen Hintergrund innerhalb der Partei und ihres politischen Handelns bedürfen:

■ Chancen und Risiken der Gen-Technologie

■ Kann Sterbehilfe ethisch legitimiert sein?

■ Der „gläserne Mensch“ — Informationssysteme und Datenschutz

■ Weltfriedenskoncil und Militärbündnisse — Auswege aus der Abschreckung? Die Arbeitsgruppe soll außerdem — auch im Blick auf den kommenden Katholikentag in Aachen — generell die Aufgabe haben, Kirchentage vorzubereiten, dort die Beteiligung der CDU zu organisieren und Begegnungen zwischen Politikern und Teilnehmern herbeizuführen.

Aktuelle Themen

Zu zwei aktuellen Themenkreisen erwar-

tet der Vorsitzende Stellungnahmen, die von den Vereinigungen ausgearbeitet und dem Landesvorstand unterbreitet werden, damit die CDU Rheinland in diesen Fragen eine geklärte Meinung vertreten kann. Die „Flexibilisierung der Ladenschlußzeiten“ ist das erste Thema, für dessen Diskussion CDU, Frauenvereinigung und Mittelstandsvereinigung zusammenarbeiten wollen. Unter der Überschrift „Tarifpartner und Strukturwandel“ sollen von CDU, Wirtschaftsvereinigung, Frauen- und Mittelstandsvereinigung Stellungnahmen zu Niedriglohn, Streikrecht, Erweiterung der Mitbestimmung, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zusammengefaßt werden.

Diskussion an der Basis

Zu einer breiten Diskussion fordert der Landesvorsitzende Dieter Pützhofen die 27 Kreisverbände der CDU Rheinland auf. Diese Initiative soll dazu dienen, wichtige Probleme möglichst vielen Parteimitgliedern nahezubringen, sie zu informieren und die Meinungsbildung zu fördern. Sie soll aber zugleich die CDU vor der Öffentlichkeit als eine arbeitende und diskutierende Partei zeigen.

Beschäftigungsentwicklung

Mit der Durchführung der Aktion „Beschäftigungsentwicklung“ wurde das Landesvorstandsmitglied Peter Jungen beauftragt. Sie soll die „Offensive 87“ begleiten, die positiven Perspektiven im Bereich von Wirtschaft und Beschäftigung populär machen. Die CDU soll Solidarität mit den Arbeitslosen beweisen und sich zugleich als die kompetente Kraft vorstellen, die auf Dauer in der Lage ist, diese Probleme zu lösen. Politiker sollen vor Ort diese Probleme beleuchten. Dazu wäre es notwendig, mit Vertretern von Kammern, Verbänden, Arbeitsämtern,

Kirchen ins Gespräch zu kommen. Bis Ende Februar sollte ein „Hearing“ veranstaltet werden.

Der Landesvorstand erwartet, daß die Kreisverbände eine Analyse der örtlichen Situation und der regionalen Besonderheiten anfertigen, die die rheinische Partei in die Lage versetzt, eine differenzierte Aussage zum Beschäftigungsproblem und zur wirtschaftlichen Lage im Rheinland zu machen.

Probleme im ländlichen Raum

Im vergangenen Jahr haben im Rheinland 1 400 Landwirte ihren Betrieb aufgegeben. Tatsachen dieser Art und die Wahlenthaltung weiter Kreise der ländlichen Bevölkerung fordern dringend eine Beschäftigung mit den Problemen in der Landwirtschaft. Pützhofen: „Die Lage der Bauern wird zu einem Faktor der Instabilität im ländlichen Raum, den wir nicht sich selbst überlassen können.“ Pützhofen erwartet, daß sich mit dem Thema Landwirtschaft nicht nur ländlich strukturierte Kreisparteien befassen. Landwirtschaftliche Einrichtungen und Verbände seien auch in Großstädten präsent und dort wichtige politische und gesellschaftspolitische Partner.

Pützhofen: „Die CDU im Rheinland muß die Kompetenz in agrarpolitischen Fragen zurückgewinnen. Sie muß wieder der Anwalt der ländlichen Bevölkerung sein.“

Auch hier wird von den Kreisparteien ein gründliches Informationsgespräch mit landwirtschaftlichen Organisationen, Genossenschaften, Vermarktungseinrichtungen, Kammern und anderen Fachleuten erwartet. Der Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Schmitz, der diese Aktion organisieren und begleiten soll, wird den Kreisverbänden zentrale Fragen zur Be-

antwortung vorlegen. Der Landesvorstand wird schließlich aus diesen Berichten eine Übersicht über die Lage der Landwirtschaft im Rheinland erarbeiten, regionale Spezialitäten analysieren und politische Aussagen formulieren.

Kulturelle Kompetenz ausweiten

Vorstandsmitglied Editha Limbach wird auf ähnliche Weise den „Kulturpolitischen Dialog der CDU Rheinland“ durchführen. Gemäß Pützhofens Forderung, die CDU müsse sich mehr als bisher in Kontakt zu kreativen Bevölkerungsgruppen begeben, wird hier der Versuch gemacht, die kulturelle Kompetenz der CDU Rheinland auszuweiten, die bisher zu sehr dem tradierten Kulturbegriff verhaftet erscheint. Freiheit und Vielfalt der Kultur seien gerade im demokratischen Staat ein besonderer Prüfstein, stellt Pützhofen fest.

In der Aktion der Kreisverbände soll das Gespräch auch mit alternativen Bewegungen gesucht werden. Die CDU eröffnet damit auch den Dialog mit neuen Wählerschichten neben Gesprächen mit der örtlichen Kulturszene. Der Landesvorstand möchte auch etwas über kulturelle Aktivitäten der politischen Gegner erfahren und Anregungen zu besonderen Maßnahmen — z. B. Förderung junger Künstler — hören. Ein Kulturatlas des Rheinlands könnte aus einer Bestandsaufnahme resultieren. Vor allem aber ist eine detaillierte Stellungnahme des Landesvorstandes zur Kulturpolitik im Lande das Ziel. Ein vorläufiger Zeitplan sieht vor, daß das Thema „Beschäftigung“ bis zum März zu Resultaten geführt hat. Der Landwirtschaft soll sich die Partei dann zuwenden, während schließlich das Thema „Kultur“ bis zur Sommerpause behandelt sein soll.

Breites Presse-Echo

Vor der Landespresse erläuterte Dieter Pützhofen die Initiative des Landesvorstandes zum Start in die sachpolitische Arbeit. Die Medien griffen zwar in ihrer Berichterstattung vorwiegend die Themen „Fusion der Landesverbände“ und „Personaldebatte“ auf, nahmen aber auch zur Kenntnis, daß zu sachpolitischen Fragen eine „deutliche rheinische Handschrift“ beigetragen werden soll. Im folgenden dazu einige Beispiele:

Westdeutsche Allgemeine Zeitung:

„In der politischen Arbeit der kommenden Monate will Pützhofen zahlreiche Themen nicht mehr allein der Bundespo-

litik überlassen und eine ‚deutliche rheinische Handschrift‘ in die innerparteiliche Diskussion bringen.“

Westdeutsche Zeitung:

„Inhaltliche Themen will Pützhofen nicht nur der Bundespolitik überlassen. Er legte ein vom rheinischen Landesvorstand beschlossenes und für Arbeitsgruppen geplantes Programm vor, das die Themenbereiche christlicher Glaube und Verantwortung, Beschäftigungs- und Tarifpolitik, Flexibilisierung der Ladenschlußzeiten, Landwirtschaft und Kulturpolitik hat. Kreisverbände sollen mitreden und bei der Beschäftigungspolitik eine Auf-

klärungskampagne starten. Gespräche mit Arbeitgebern vor Ort sollen den Optimismus in der Aufschwungphase verstärken. Pützhofen hofft auf Impulse für Investitionen und zusätzliche Arbeitsplätze.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung:

„Pützhofen hat seiner rheinischen Partei am vergangenen Wochenende ein umfangreiches Arbeitsprogramm verordnet. Eine Arbeitsgruppe ‚Christlicher Glaube und politische Verantwortung‘ soll sich mit den moralischen Dimensionen von Politik befassen, die nach Pützhofens Überzeugung wieder mehr betont werden sollen. Die Union werde in diesem Bereich auch von den Kirchen und den Kirchentagen immer stärker bedrängt, weshalb sie nicht nur als ‚Vertreter ständiger Sachzwänge‘ erscheinen dürfe. Man habe auch über politisch-ethische Fragen in der Entwicklung der Gentechniken, der Datenverarbeitung und kommender Informationssysteme nachzudenken. Vor allem im Dialog mit der Kultur und der Kulturpolitik müsse die CDU Kompetenz zurückgewinnen. Sie dürfe im Gespräch mit alternativen Gruppen jeder Art nicht länger fehlen.“

Einen Anker in Düsseldorf auswerfen

Entsprechend einem Beschluß des Vorstandes der CDU Rheinland hat die Partei in Düsseldorf das Haus Wasserstraße 5 gekauft. Das Haus liegt mit rund 600 Quadratmetern Nutzfläche in unmittelbarer Nähe des Landtages und kann in diesen Tagen bezogen werden. Am 29. Januar 1986 wird es um 11 Uhr offiziell allen Interessenten aus Partei und Medien vorgestellt.

Mit dem Kauf dieses Hauses folgte der Landesvorstand einem Vorschlag des Vorsitzenden Dieter Pützhofen. Der Landesvorsitzende hatte dafür plädiert, in Düsseldorf einen „Anker auszuwerfen“ und die CDU in unmittelbarem Zusammenhang mit der Drehscheibe der landespolitischen Szene zu präsentieren. Unter anderem wird dort auch die Pressestelle der Partei etabliert, während die Geschäftsstelle der CDU Rheinland in ihrer bisherigen Form weiterhin in Köln an der Georgstraße beheimatet ist.

Pützhofen sieht in dem neuen Standort auch ein Angebot an die westfälische Partei, sich gemeinsam in der Landeshauptstadt zu präsentieren.

Worms wirft Regierung Rau Sozialabbau vor

Die CDU im NRW-Landtag wirft der SPD-geführten Landesregierung Sozialabbau und Versäumnisse in der Technologiepolitik vor. Fraktionsvorsitzender Bernhard Worms kritisierte in Düsseldorf, daß in dem „Zahlenwerk“ des Etats 1986 „regierungsamtlicher Anspruch und Wirklichkeit der Zahlen“ weit auseinander-

derklaffen. Insbesondere werde der von der Regierung Rau gesteckte politische Schwerpunkt der ökologischen und ökonomischen Erneuerung des Landes zur Worthülse, wenn die Mittel für das Programm Zukunftstechnologien von 60 Millionen auf 15 Millionen DM heruntergefahren würden.